

Aus dem Nationalrat:

Kavallerie verlor die letzte Schlacht

sda. Die Kavallerie der Schweizer Armee ist endgültig abgeschafft: Mit 91 gegen 71 Stimmen hat der Nationalrat der Auflösung sämtlicher berittenen Verbände zugestimmt und sich damit dem Beschluss des Ständerates der letzten Woche angeschlossen. Vor stark besetzten Zuschauertribünen lieferten sich die Gegner und Befürworter der Reitertruppe nochmals ein lebhaftes Gefecht, in dem sämtliche bereits in der Herbstsession vorgetragenen Argumente weiteres Mal Revue passierten. Deutlicher als bei der letzten Diskussion trat diesmal jedoch die Finanzklemme des Bundes in Erscheinung, die als gewichtiger Grund für die Abschaffung der verhältnismässig teuren Kavallerie ins Feld geführt wurde.

Die guten Aussichten trogen

Der Präsident der Militärkommission, Müller (rad., Solothurn), schilderte zu Beginn der über zwei Stunden dauernden Debatte zunächst die Ausgangslage. In der Herbstsession hatte sich die Grosse Kammer mit 120 gegen 41 Stimmen für die Beibehaltung von 12 Schwadronen entschlossen. Aufgrund dieses Entscheides durften die Kavalleristen und ihre zahlreichen Sympathisanten annehmen, die traditionelle Truppe werde, wenn auch um 6 Schwadronen reduziert, vorläufig weiterbestehen. Ziemlich überraschend kam dann letzte Woche der mit 26 gegen 15 Stimmen gefasste Entscheid des Ständerates, sämtliche Schwadronen aufzulösen.

Die nationalrätliche Militärkommission, die sich ursprünglich mit 10 gegen 6 Stimmen für die Beibehaltung von 12 Schwadronen ausgesprochen hatte, machte nun am Montagabend eine Kehrtwendung und entschied sich mit 10 zu 5 Stimmen, dem Beschluss des Ständerates zu folgen.

Finanzielle Erwägungen

Dabei, so erklärte Müller, spielten finanzielle Erwägungen eine erhebliche Rolle. Die finanzielle Situation sei im Herbst noch nicht so deutlich zu Tage getreten. Inzwischen habe aber das Budget grosse Abstriche gebracht, so auch beim EMD. Deshalb sei man umso mehr gezwungen, durch rationalen Einsatz der Gelder ein Optimum an Kampfkraft herauszuholen. Ferner würde es das Schweizervolk kaum verstehen, wenn die Flugwaffe — im Moment — nicht ausgebaut werde, hingegen aber die Kavallerie bestehen bliebe.

Bochatay (CVP, Wallis) war in der wenig beneidenswerten Lage, als Kommissionssprecher welscher Zunge für die gänzliche Abschaffung zu plädieren, unterstützte er doch «persönlich» den Minderheitsantrag auf Beibehaltung von 12 Schwadronen. Dieser wurde dann durch Baumann (SVP, Aargau) eingehender begründet.

Baumann kritisierte zunächst jene

Meinungspresse, die in letzter Zeit mit einem Abnützungs- und Zermürbungsprozess der Kavallerie zu Leibe gerückt sei, und bedauerte, dass die Dragoner nun einer Anzahl provozierter Verkettungen zum Opfer fallen sollen.

Er kam ferner auf den Bericht Degen zu sprechen, dem zu entnehmen sei,

In gereimter Sprache

sda. Es kommt eher selten vor, dass im Nationalrat in gereimter Sprache debattiert wird. Nun, in der Kavalleriedebatte vom Dienstag kam es zu einem dichterischen Zwischenakt. Schwarzenbach erinnerte, ohne vorerst den Inhalt wiederzugeben, an ein schönes «Kavalleriegedicht» von Uli Dürrenmatt. Der Enkel des Autors, Nationalrat Peter Dürrenmatt replizierte prompt, jenes Gedicht kritisierte aber gerade die früheren Ausbildungsmethoden bei der Kavallerie und vergleiche das Schicksal der Dragoner mit den Schwarzen auf den Karibischen Inseln. Unter dem Gelächter der Ratskollegen rezitierte nun Schwarzenbach die Verse, in denen allerdings weder von Ausbildungsmethoden noch von Schwarzen die Rede war, so dass ihm von den Tribünen aus applaudiert wurde. Offenbar war eine kleine Verwechslung passiert, denn der Enkel hatte ein anderes, «kräftigeres» Gedicht seines Grossvaters im Kopf. Dieses, so versprach er, werde er dem Rat nächste Woche verteilen.

dass in Generalstabskreisen auch die Reduktion der 11 000 Trainpferde auf 4000 diskutiert werde. Er hegte die Befürchtung, dass die Zeit nicht mehr fern sei, bis sämtliche Pferde aus der Armee entfernt seien.

Für EMPFA-Angestellte gesorgt

Als unangenehm empfand Bundesrat Gnägi den Graben, der sich in der Kavallerie-Frage zwischen der welschen und der deutschen Schweiz geöffnet habe. Er bat die Confrères, Hand zur Versöhnung zu bieten, handle es sich doch nicht um eine grundsätzliche, sondern nur um eine Teilfrage der militärischen Bereitschaft.

Der Vorsteher des EMD kam dann nochmals auf die finanziellen Fragen zurück. Die jährlichen Kosten für die Kavallerie von etwa 12 Mio. Franken sowie die einmalige Auslage für die Verlegung von Gebäuden (EMPFA und Akklimatisationsanstalt) von höchstens 60 Mio. würden sich kaum rechtfertigen. Im übrigen sei für die EMPFA-Angestellten gesorgt.

Und nun: Hände an die Hosennah!

Abschließend betonte Bundesrat Gnägi, dass der Geist der Kavallerie anerkanntermassen ausgezeichnet sei. Wenn diese Truppe nur aufgehoben werden soll, so möge dieser Geist doch beibehalten werden. Es zeugte von einer echt soldatischen Einstellung, wenn die Kavalleristen die Hände jetzt an die Hosennah legten und den Entscheid mannhaft hinnähmen.

Darauf fiel der Abschaffungsentcheid mit 91 gegen 71 Stimmen, quittiert von starkem Applaus von den Tribünen.

Ausbau der Nufenenstrasse und der Exportrisikogarantie

-g. Der Nationalrat bewilligte eingangs der Dienstsitzung zusätzliche 4,8 Millionen Franken für den Ausbau der Nufenenstrasse. Der ursprüngliche Beitrag an die Kantone Wallis und Tes-sin hatte sich auf 7,8 Millionen belaufen. Die nun notwendig gewordene Abdeckung der Kostenüberschreitung, die von der Kommission als «erheblich» bezeichnet wurde, blieb unbe-stritten und wurde oppositionslos mit 108 Stimmen gutgeheissen. Nachdem vier persönliche Vorstösse, darunter ein Postulat Müller (CVP, Luzern) zum Einbezug des Sprachheilunterrichts und die Invalidenversicherung, im schriftlichen Verfahren entgegengenommen waren, kam es zu einem langen und wortreichen Geplänkel um den Ausbau der Exportrisikogarantie. Sie funktioniert seit den Dreissigerjahren soll nun aber durch den Einbezug des Währungsrisikos erweitert werden. Die Kommissionsreferenten Weber (freis., Schwyz) und Felber (soz., Neuenburg) bejahten diese Notwendigkeit mit Hinweisen auf die Unsicherheit an der internationalen Währungsfront. Für die Republikaner aber beantragte Reich (Zürich) Nicht-eintreten. Er charakterisierte die Vor-lage als «unzeitgemäss, schizophren und unmotivierte Gruppenprivilegierung» — und provozierte damit die Entgegnung: Rüegg (freis., Zürich), Tschopp (CVP, Baselland) konnten darauf verweisen, dass der Bund kein untragbares Risiko eingehen, dass der Bund seine Verluste durch die Gebühreneinnahmen bisher mehr als decken konnte und dass dies auch in Zukunft der Fall sein werde. Aus der Sicht der Uhrenindustrie befürwortete auch Villard (soz., Bern) die Vorlage. Bundesrat Brugger bestätigte, dass nicht von einer Subventionierung der Exportindustrie gesprochen werden könne, da der Bund «keinen einzigen Subventionsrappen» einschiessen müsste. Die Exportrisikogarantie bezeichnete er als «ein Bijoux unserer Wirtschaftspolitik». Sie habe bisher gute Dienste geleistet, es gehe jetzt um ihre «Auf-rüstung auf lange Sicht». Mit 130:8 Stimmen wurde darauf Eintreten be-schlossen und mit 125:8 Stimmen wurde die Revision des Bundesgesetzes in der Gesamtabstimmung gutgeheissen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Reaktionen auf den Kavallerie-Entscheid

sda. Im Anschluss an den Ent-scheid des Nationalrates, der Ab-schaffung der Kavallerie ebenfalls beizupflichten, gaben sowohl Bun-desrat Rudolf Gnägi, Vorsteher des Eidg. Militärdepartements, als auch Oberst A. Meier, Präsident der Vereinigung Schweizerischer Kaval-lerieverbände, gegenüber der SDA Erklärungen ab.

Bundesrat Gnägi: Armee wird gestärkt

Bundesrat Gnägi zeigte sich vom Beschluss der beiden Räte, die Rei-tertruppe gemäss Antrag des Bun-desrates umzurüsten, befriedigt, weil der Entscheid zur Stärkung der Ar-mee beitragen werde. Er hoffe, dass die Kavalleristen auch in ihrer neu- en Aufgabe ihren guten Geist beibe-halten werden, wovon er übrigens überzeugt sei. Bei der Umschulung der Kavalleristen werde man so weit als möglich dem Wunsche der Sol-daten und Offiziere der Kavallerie «in geschlossenen Formationen übergeführt zu werden», Rechnung tragen.

Oberst A. Meier: Wer ist der wirkliche Verlierer?

Die Erklärung von Oberst A. Meier hat folgenden Wortlaut: «Wir haben die Schlacht verloren. Wir glauben, sie ehrenvoll verloren zu haben. In Tat und Wahrheit wird sich aller-dings erst auf lange Sicht zeigen, wer der wirkliche Verlierer ist: die Armee oder der Kavallerie. Ur-sprünglich glaubte Bundesrat Gnägi ja auch, mit der Einführung des so-genannten Oswald-Berichtes der Armee einen Dienst erwiesen zu haben. — Als Dragoner und Solda-ten nehmen wir den demokrati-schen Entscheid mit knirschenden Zähnen, aber mit dem Zeigefinger an der Hosennah, entgegen.»

Budget-Reprise im Ständerat:

Prolog zur Konjunkturdämpfungs-Debatte

(Wi.-Tel.) Der Ständerat widmete sich am Dienstag der «Nachputzeten» des vom Nationalrat bereits in der ersten Woche behandelten Voranschlags der Eidgenossenschaft sowie des PTT-Bud-gets 1973. Dass ein

defizitärer Voranschlag trotz Hochkonjunktur

unterbreitet wird, habe in der Bevölke-rung Missbehagen hervorgerufen, er-klärte Kommissionsreferent Theus (GR, SVP). Massnahmen sowohl auf der Aus-gabenseite wie auf der Einnahmenseite seien unumgänglich, um den Bundes-haushalt angesichts der wachsenden Aufgabenfülle ins Gleichgewicht zu kriegen. Nachfrageüberhang sollte durch die öffentlichen Haushalte nicht noch vergrössert werden. Inflationsbe-kämpfung sei das Gebot der Stunde, wenn man verhindern wolle, dass der immer grössere Einsatz öffentlicher Mittel laufend durch die Teuerung wie-der «aufgefressen» werde. Die

Mahnung zur Ausgabenplanung und zu einer «besseren Konjunkturgesinnung»

zog sich auch wie ein roter Faden durch die anschliessende Eintretensdebatte und die Detailberatung. Im Gegensatz zu früheren Budgetdebatten spielte das Selziehen um einzelne Positionen höchstens am Rande und bei Ausnah-men eine Rolle: statt einer lag das Schwergewicht auf der «allgemeinen Lagebeurteilung», und diese nahm sich aus wie der Prolog zur konjunktur-politischen Debatte, die der Ständerat für die dritte Woche «ob hat».

Luder (SO, rad.) nannte die Ausga-benentwicklung ein «warnendes Flam-menzeichen». Man sollte sich endlich der Bedeutung der Tatsache bewusst werden, dass seit Jahren die Ausgaben-steigerung jene des Bruttosozialpro-dukts übertrifft. Die angespannte Fi-nanzlage ist sodann, wie Leu (LU, CVP) hervorstrich, nicht nur unter dem Ge-sichtswinkel des Bundes, sondern aller «öffentlichen Hände» zu beurteilen. Auch die Kantone und viele Gemeinden weisen für 1973 Budgetdefizite aus, zu-sammen ergeben sie einen Fehlbetrag von 2,1 Milliarden! Dagegen nimmt sich das Defizit des Bundes noch klein aus mit seinen 196 Millionen, aber auch so ist die Situation der Bundesfinanzen noch alarmierend genug. Der St. Galler Sozialdemokrat Eggenberger anerkannte: der Bundesrat hat versucht, der Teuerung bei der Budgetgestaltung ent-gegenzuwirken. Die vorgeschlagenen Budgetkürzungen seien tragbar. Der Glarner Hefti (rad.) schliesslich bat um Verständnis für die Budgetüberschrei-tungen bei vielen Gemeinden, diese seien nämlich grösstenteils bedingt durch vom Bund ihnen übertragene Aufgaben.

Celio: Wachstumspause unerlässlich!

Finanzminister Celio eröffnete, soeben habe er die Finanzplanung 1974/75 verabschiedet, wobei er habe feststellen müssen, dass es dannzumal ohne Opfer nicht abgehen werde. Wenn man dann-zumal ein ausgeglichenes Budget haben wolle, werde die Sparübung wiederholt und verstärkt werden müssen. «Wir werden schwierige Zeiten haben», prophezeite Celio, um beizufügen, man stelle heute zu grosse Ansprüche an den Staat. «Nur eine Wachstumspause kann uns retten!», rief der Finanzminister den Parlamentariern zu, um bei dieser Gelegenheit ein paar erste Schlaglichter auf das konjunkturpolitische Mass-nahmenpaket zu werfen, das der Bun-desrat am Vortag zuhanden des Parla-mentes verabschiedet hatte. Die Mass-nahmen nehmen vor allem die Kredit-ausweitung aufs Korn. Es werden vor allem die von gewissen Banken mass-los forcierten «Kleinkredit»-Geschäfte abgedämpft werden. Die Reklame für die Ausgabenfreudigkeit habe sich ver-hängnisvoll ausgewirkt. Man werde die Kredite sehr einschränken, kündigte der Hüter der eidgen. Finanzen an. Er werde auch nicht zulassen, dass erneut auf dem Nachtragskreditwege der auf-gestellte Haushaltsplan aus den Fugen gebracht werde. Die wirtschaftliche Si-tuation in den einzelnen Regionen und Branchen sei zu ungleich, als dass man alles über einen Leisten schlagen dürf-te. Der Maschinenindustrie gehe es z.B. gar nicht so rosig, wie viele meinen, und auch in der Uhrenindustrie sei die Situation gar nicht einheitlich. Nötig sei zwar eine Bremsung, die einen ge-wissen Schock auslöse, nicht aber ein Stillstand.

In der departementsweisen Beratung des Voranschlags wurde mit 20:6 Stim-men ein schon im Nationalrat unterle-gener Antrag, auf die beantragte Erhö-hung des Beitrages an die Filmförde-rung zu verzichten, abgelehnt.

PTT-Voranschlag: ebenfalls Ausgabenexplosion

Der Ständerat verabschiedete am Dienstag noch das PTT-Budget 1973. Referent Munz (TG, rad.) wies darau-fin, dass sich hier die Inflation beson-ders unangenehm auswirke. Die grosse Aufwandsteigerung ist zur Hauptsache eine Folge der Teuerung. Gegenüber dem Budget 1972 beträgt die Ausga-bensteigerung 524 Mio. Fr. oder fast 16 Prozent! Dabei seien die Prognosen für die bevorstehenden Jahre noch düste-rer. Mit 28:0 Stimmen wurde das PTT-Budget vom Räte genehmigt.

Massive Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern im Kt. Luzern

sda. Der Luzerner Regierungsrat er-sucht den Grossen Rat dringend, im In-

teresse der Unfallverhütung einer li-nearen Erhöhung der Steuern für sämt-liche Motorfahrzeuge um 20 Prozent zu-zustimmen. Im Finanzplan des Kantons für die Jahre 1973 bis 1977 ist bereits eine Hinaufsetzung der Verkehrssteu-ern von 15 Prozent eingerechnet. Der daraus resultierende Mehretrag sei je-doch, stellt der Regierungsrat fest, nicht ausreichend, um dringend notwendige Sanierungen von bekannten «Todesfal-len» auf Luzerns Strassen auszuführen. Mit der vorgeschlagenen Steuererhö-hung um 20 Prozent würden jährlich etwa 1 bis 1,5 Millionen Franken zu-sätzlich für solche Arbeiten zur Verfü-gung stehen.

Endgültiges Ergebnis der Schaffhauser-Gross-Stadtratswahlen

sda. Von den Schaffhauser Gross-

Das Kilo Brot 10 Rappen teurer

sda. In verschiedenen Kantonen der deutschen und der welschen Schweiz ist das Kilo Brot in den letzten Wochen wieder 10 Rappen teurer geworden, weitere lo-kale Sektionen des Schweizerischen Bäcker-Konditorenmeister-Verbandes werden in den kommenden Monaten nachziehen.

Der Zentralsekretär des Verbandes, Dr. Bruno Heiling, bezeichnete die Brotpreiserhöhungen in einem Ge-spräch mit der SDA als Konsequenz aus der Beschränkung der Zahl an auslän-dischen Arbeitskräften.

Schweizer beschäftigen kostet mehr

Die schweizerischen Fachkräfte zie-hen es im allgemeinen vor, nach einer Anstellungsdauer von sechs bis acht Monaten nach einem besser bezahlten Arbeitsplatz Ausschau zu halten. Tat-sächlich findet man die Bäcker-Kon-ditoren-Löhne in der jüngsten Biga-Lohn-statistik mit Fr. 1400.— am Schluss der Aufstellung. Während im März dieses Jahres der Mehlprieraufschlag für die Brotpreiserhöhung verantwortlich war, so sind es jetzt die Löhne, die erweiter-ten sozialen Pflichten, die Mieten und die Einführung des 13. Monatslohnes, die die Brotpreise klettern lassen. An-dererseits: «Wenn wir dem Bäcker-Kon-ditorenmeister keinen rechten Backlohn bieten, schliessen noch mehr Bäckerrei-en», erklärte Dr. Heiling.

Brot nicht mehr wichtigstes Nahrungsmittel

Wie reagiert die Konsumentin auf Brotpreiserhöhungen? Im allgemeinen bemerkt der Bäcker-Konditorenmeister während einigen Monaten einen leich-ten Umsatzrückgang, doch «interessan-terweise kommen die meisten Kunden nach einiger Zeit wieder zurück».

Dr. Heiling: «Handarbeit ist einfach

Stadtratswahlen, am Wochenende durchgeführt, sind nunmehr die en-dgültigen Resultate bekannt. Sie sind ge-kennzeichnet durch eine unerwartet starke Stabilität der politischen Ver-hältnisse. Lediglich die Sozialdemokra-ten verlieren 1 Sitz an die Freisinnigen, sonst bleibt das Vertretungsverhältnis aller übrigen sechs Parteien gleich wie bisher. Bemerkenswert ist, dass von den insgesamt 33 portierten Frauen nur de-ren 2 in den Rat gewählt wurden, eine andere auf derjenigen der Evangeli-schen Volkspartei. Die Erneuerung des Rates hält sich ebenfalls in relativ en-gen Grenzen, indem im 50 Mitglieder zählenden Gremium lediglich 11 neue auf der Liste der Sozialdemokraten, die Ratsmitglieder figurieren. Etwas über 81 Prozent der Stadtschaffhauser Wahlberechtigten hatten am Urnengang teil-genommen.

Die 50 Sitze verteilen sich wie folgt für die kommenden vier Jahre: Freisin-nige 12 (+1), Sozialdemokraten 18 (—1), CVP 6, Landesring 6, Evangelische Volkspartei 3, BGB/SVP 2, Jungliberale 2. Liberalsozialisten 1.

Das Kilo Brot 10 Rappen teurer

sda. In verschiedenen Kantonen der deutschen und der welschen Schweiz ist das Kilo Brot in den letzten Wochen wieder 10 Rappen teurer geworden, weitere lo-kale Sektionen des Schweizerischen Bäcker-Konditorenmeister-Verbandes werden in den kommenden Monaten nachziehen.

Der Zentralsekretär des Verbandes, Dr. Bruno Heiling, bezeichnete die Brotpreiserhöhungen in einem Ge-spräch mit der SDA als Konsequenz aus der Beschränkung der Zahl an auslän-dischen Arbeitskräften.

Schweizer beschäftigen kostet mehr

Die schweizerischen Fachkräfte zie-hen es im allgemeinen vor, nach einer Anstellungsdauer von sechs bis acht Monaten nach einem besser bezahlten Arbeitsplatz Ausschau zu halten. Tat-sächlich findet man die Bäcker-Kon-ditoren-Löhne in der jüngsten Biga-Lohn-statistik mit Fr. 1400.— am Schluss der Aufstellung. Während im März dieses Jahres der Mehlprieraufschlag für die Brotpreiserhöhung verantwortlich war, so sind es jetzt die Löhne, die erweiter-ten sozialen Pflichten, die Mieten und die Einführung des 13. Monatslohnes, die die Brotpreise klettern lassen. An-dererseits: «Wenn wir dem Bäcker-Kon-ditorenmeister keinen rechten Backlohn bieten, schliessen noch mehr Bäckerrei-en», erklärte Dr. Heiling.

Brot nicht mehr wichtigstes Nahrungsmittel

Wie reagiert die Konsumentin auf Brotpreiserhöhungen? Im allgemeinen bemerkt der Bäcker-Konditorenmeister während einigen Monaten einen leich-ten Umsatzrückgang, doch «interessan-terweise kommen die meisten Kunden nach einiger Zeit wieder zurück».

Dr. Heiling: «Handarbeit ist einfach

Das Ende einer stolzen Truppe

sda. Mit dem Entscheid des Natio-nalrates, der vom Bundesrat bean-tragten und vom Ständerat bereits gutgeheissenen Abschaffung der Ka-vallerie zuzustimmen, ist das Ende einer Truppe gekommen, welche zwar historisch gesehen nie eine grosse Rolle spielte, aber doch auf eine sehr stolze Tradition zurück-blickt.

Vor der napoleonischen Zeit wa-ren es in der Schweiz vor allem eini-gige Städteorte, die über eine, aller-dings nicht umfangreiche, Reiterei verfügten. Ein erstes gesamtschwei-zerisches Kavallerie-Reglement wurde 1822 erlassen. Mit der ersten eidgenössischen Militärorganisation wurden 1850 den Erfahrungen aus dem Sonderbundskrieg Rechnung getragen und die Reiter-Waffe ge-setzlich verankert. Der Bestand be-trug 35 Kompanien Dragoner sowie 7 Kompanien und 9 Halbkompanien Guiden, welche vor allem bei den grossen Stäben Verbindungsfunk-tionen zu erfüllen hatten.

In der Militärorganisation von 1874 waren 24 Dragonerschwadronen sowie 12 Guidenkompanien des Aus-zugs «enthaltend». Die Truppenor-dnung 1911 brachte einen weitem Ausbau der Kavallerie: Sie sah 4 Kavalleriebrigaden, die als Heeres-kavallerie dem Armeekommando zur Verfügung standen, sowie 6 als Divisionskavallerie eingesetzte Gui-denabteilungen vor.

Während der Grenzbesetzung 1914 — 1918 vermochte die Kavallerie im Grenzdienst recht wichtige Aufga-ben zu erfüllen, vor allem im Jura. 1918/19 wurde sie auch im Ord-nungsdienst eingesetzt. Laut Trup-penordnung 1915 zählte die Kaval-lerie 36 Einheiten.

In der Truppenordnung 1938 wur-den neu die Leichten Truppen ge-schaffen, zu denen neben der Kaval-lerie nun auch die Radfahrer und die motorisierten Leichten Truppen gehörten. Bei Ausbruch des 2. Welt-krieges zählte die Reiterei 30 Schwadronen. Durch die Truppen-or-dnung 1948 wurde diese Zahl auf 24 reduziert. Im Zusammenhang mit der Truppenordnung 1961 beantragte der Bundesrat Aufhebung der Reite-rei, doch pflichteten die eidgenöss-ischen Räte lediglich einer Herabset-zung der Schwadronenzahl auf 18 bei.